

Zimmermann, Klaus F.

Article

Hokuspokus in der Finanzpolitik: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2009) : Hokuspokus in der Finanzpolitik: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 27/28, pp. 460-

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/151811>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hokuspokus in der Finanzpolitik

von Klaus F. Zimmermann*

Seit langem ist klar, dass Konjunkturkrise, Konjunkturprogramme und Aktionen zur Rettung von Banken und Unternehmen zu einer Erhöhung der Staatsverschuldung mit historischen Ausmaßen führen werden. Konsequenterweise rechnete der Bundesfinanzminister letzte Woche mit Defiziten im Bundeshaushalt alleine bis 2013 von insgesamt weit über 300 Milliarden Euro. Dies markiert nur das untere Ende, da die Krisensonderhaushalte noch gar nicht einbezogen sind. Wir sind damit endgültig dabei, die ökonomischen Perspektiven unserer Kinder und Enkel zu vernageln.

In dieser Situation bieten uns die programmatischen Aufstellungen der Parteien zur Bundestagswahl einen großen Hokuspokus zur Lösung an – Steuersenkungen oder Ausgabensteigerungen. Oder manchmal sogar beides. Die eine Seite wird nicht müde, neue staatliche Leistungen zu versprechen, die den sozialen Ausgleich fördern (wer die Banken rettet, muss auch den kleinen Leuten helfen) und Wachstum durch Förderung des Binnenkonsums sichern sollen. Die andere Seite will die Wirtschaft durch Steuersenkungen entfesseln.

Beide Seiten verweigern sich der Einsicht, dass damit der gefährlich wachsenden Staatsverschuldung nicht Einhalt geboten werden kann. Die Erwartung, solche Maßnahmen würden sich durch Wachstum selbst finanzieren, ist eine Fata Morgana. Sie verschärfen sogar das Problem. Darauf hinzuweisen ist die unpopuläre Verpflichtung der Ökonomen.

Auch ohne diese Pläne steht die Finanzpolitik vor fast unlösbaren Aufgaben. Selbst zu normalen konjunkturellen Zeiten hätte der Bundeshaushalt jetzt ein (strukturelles) Defizit von zwei Prozent, das heißt jährlich etwa 50 Milliarden Euro. Nach einer Erholung der Konjunktur müssen entweder Leistungen gekürzt, Ausgaben gesenkt oder Steuern erhöht werden – wahrscheinlich alles zugleich. Dies ist das ziemliche Gegenteil von dem, was derzeit politisch diskutiert wird. Es wird sogar behauptet, dass die Steuerdiskussion die Konjunktur schädigen würde. Den Bürgern sind die Probleme aber längst klar. Investoren und Konsumenten, die nicht wissen, wie künftig die Defizite bezahlt werden sollen, könnten deshalb dann weder investieren noch konsumieren.

Konsumenten, die langfristig mit einer höheren Mehrwertsteuer rechnen, würden jetzt konsumieren. Diese Steuer ist sparsam zu erheben, ergiebig und belastet alle. Sie kann sozial ausgewogen gestaltet werden. Sie belastet die Importe, aber nicht die Exporte, durch die auch der nächste Konjunkturaufschwung kommen muss. Wer für die Schattenwirtschaft Güter kauft, muss sie ebenso entrichten wie der, der aus den dabei erzielten Einkommen konsumiert.

Eine Erhöhung auf 25 Prozent könnte das strukturelle Staatsdefizit schließen. Mit diesem Vorschlag hatte ich vor Wochen die Debatte ausgelöst. Wer basta sagt, muss erläutern, wie er die Probleme sonst lösen will.

* Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.